

AUSGABE VOM 27. FEBRUAR 2015

## Masern-Epidemie: Umfassender Impfschutz auch in NRW elementar

Der Bundestag hat sich am Mittwoch mit der aktuellen Masern-Epidemie befasst. Für den Gesundheitsausschuss ist eine hohe „Durchimpfungsrate“ von elementarer Bedeutung im Kampf gegen die Krankheit. Sinnvoll ist eine verstärkte ärztliche Impfberatung, was auch Bestandteil des Präventionsgesetzes ist, das demnächst beraten wird. So soll gesetzlich festgeschrieben werden, dass Eltern vor der Aufnahme ihrer Kinder in eine Kita den Nachweis über eine ärztliche Impfberatung vorlegen müssen.

Mit Masern können sich Menschen jeden Alters infizieren. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (<http://www.bzga.de/?sid=1378>) bietet aktuelle Informationen und einen Impfcheck. Allein in Berlin wurden mehr als 500 Fälle von Masern registriert, ein Kleinkind verstarb. NRW meldete für Januar 17 Fälle. In Köln hat es seit Jahresbeginn nur einen Masernfall gegeben. Im gesamten vergangenen Jahr waren es in Köln sieben, in ganz NRW 60 Erkrankungen.

## Stabilitätshilfe Griechenland: Athen muss tragfähige Reform-Agenda vorlegen

Der Bundestag hat am Freitag einer Verlängerung des Griechenland-Hilfsprogramms um weitere vier Monate mit großer Mehrheit zugestimmt. Mit dem Be-



Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble am Freitag im Bundestag: Es gibt kein „frisches Geld“ für Griechenland, sondern mehr Zeit, um die Auflagen des Programms erfüllen zu können. (Bild: CDU/CSU-Fraktion, Tobias Koch )

schluss ist aber noch keine Entscheidung darüber getroffen, dass die letzte Rate in Höhe von 3,5 Milliarden Euro auch tatsächlich an Griechenland gezahlt wird.

Ob es dazu kommt, hängt in den kommenden vier Monaten allein von der griechischen Regierung ab. Sie hat eine Reihe von Maßnahmen angekündigt, mit denen sie die Ziele des Programms erfüllen will – an erster Stelle die weitere Konsolidierung des Staatshaushalts.

Aber den Worten aus Athen müssen jetzt auch Taten folgen. Es wird nicht reichen, eine Mehrwertsteuerreform nur anzukündigen. Sie muss auch umgesetzt werden!

Die neue griechische Regierung hat sich endlich zu den Verpflichtungen, die aus dem Hilfsprogramm resultieren, bekannt. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble ist hier richtigerweise hart und unnachgiebig geblieben.

Erst wenn die sogenannte Troika, die aus den drei Institutionen Internationaler Währungsfond, Europäischer Zentralbank und Europäischer Kommission besteht zu einem positiven Prüfergebnis kommen, wird die vorgesehene Hilfstranche ausbezahlt. Bis zu einer positiven Prüfung, ob die Reformversprechen umgesetzt wurden, wird also kein Geld ausbezahlt.

Dass die europäischen Rettungsmaßnahmen fruchten, können wir am Beispiel Irlands, Portugals und Spaniens ablesen. Portugal will zum Beispiel in diesem Jahr bis zu 14 Mrd. Euro erhaltene Finanzhilfen an den Internationalen Währungsfond zurückzahlen.

Die griechische Regierung muss also ihre Wahlkampfretorik ablegen und den europäischen Partnern den Willen zu echten Reformen zeigen. Nur so kann das Land wirtschaftlich und finanziell gesunden.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

die Morde von Paris und Kopenhagen, die Absage des Karnevalzugs in Braunschweig - viele Jecken werden sich letzte Woche mit mulmigem Gefühl ins Ge-



tümmel gestürzt haben. Anhänger eines menschenverachtenden Islamismus versuchten dem Karneval die Fröhlichkeit auszutreiben. Bei uns am Rhein sind sie dabei aber gottseidank gescheitert.

Ich habe mich auch mitten ins Kölner Getümmel gestürzt: Sonne, Kamelle und Strüßjer satt. Die Macht einer freien Gesellschaft - in unserer Domstadt kam sie fröhlich daher.

Wir lassen uns unsere Narrenfreiheit nicht nehmen. Da dürfte auch die Frage, wie provokant ein Motivwagen ist, keine große Rolle spielen. Glaubt wirklich jemand, dass entschlossene Täter ihren einmal gefassten Plan abblasen, weil sie durch einen „braven“ Wagen beschwichtigt werden? Islamistischer Terror will unseren Alltag verändern. In dem Moment, in dem wir unser Leben ändern, haben die Terroristen gewonnen, weil wir uns beugen. Diese Ängste wurden weggefeiert mit Selbstironie, Nachdenklichkeit, Fröhlichkeit und Kölle Alaaf. So soll es auch künftig sein.

Freuen wir uns also auf die Session 2016 mit dem verheißungsvollen Motto „Mer stelle alles op der Kopp“!

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I

## Privilegien für Elektrofahrzeuge

Der Verkehrsausschuss und der Umweltausschuss des Bundestages haben in dieser Woche das Gesetz zur Bevorrechtigung der Verwendung elektrisch betriebener Fahrzeuge beschlossen. Es gilt auch für elektrisch betriebene Fahrzeuge der Klasse N2, soweit sie im Inland mit der Fahrerlaubnis der Klasse B geführt werden dürfen. Dabei handelt es sich vor allem um elektrisch betriebene Lieferfahrzeuge.

Mit dem Gesetz verfolgt die Koalition das Ziel, elektrisch betriebenen Fahrzeugen im Straßenverkehr besondere Vorrechte einzuräumen und damit ihren Gebrauch besonders attraktiv zu machen. Das Gesetz soll die rechtlichen Voraussetzungen schaffen, um für Elektrofahrzeuge besondere Parkplätze an



Praxistest bestanden. Im Bundestagswahlkampf 2013 tourte Karsten Möring umweltfreundlich mit einem Nissan Leaf Elektromobil durch den Wahlkreis. (Foto: privat)

Ladestationen im öffentlichen Raum reservieren zu können, um Parkgebühren zugunsten dieser Fahrzeuge verringern bzw. ganz erlassen zu können und um Elektrofahrzeuge von bestimmten Zufahrtsbeschränkungen, die z. B. zum Schutz vor Lärm und Abgasen angeordnet werden, ausnehmen zu können. Zur behördlichen Überwachung sollen elektrisch betriebene Fahrzeuge besonders gekennzeichnet werden.

Damit können die Kommunen entscheiden, welche Vorrechte die Elektrofahrzeuge erhalten sollen. Wir wollen ihnen damit ermöglichen, Elektromobilität so zu fördern, wie es in der jeweiligen Kommune am sinnvollsten ist. Nachdem in Berlin auch die Grünen dieses Gesetz durch Enthaltung zumindest nicht ablehnen, sollten sie auch in Köln über ihren Schatten springen und entsprechende Maßnahmen ergreifen. Noch 2013 hatten sie zusammen mit der SPD im Rat einen entsprechenden Antrag der CDU als überflüssig abgelehnt.

## Anhörung: Versalzung von Werra und Weser stoppen

Als Unions-Berichtersteller für die EU-Wasserrahmenrichtlinie habe ich mich in dieser Woche intensiv mit dem Problem der hohen Salzbelastung der Flüsse Werra und Weser befasst. Nach Auffassung von Regierungsvertretern aus den Anrainerbundesländern im Rahmen eines öffentlichen Fachgesprächs des Umweltausschusses kann eine Lösung nur mit einem gemeinsamen Bewirtschaftungs- und Maßnahmenplan gelöst werden. Die Salzbelastung von Werra und Weser stellt eines der größten Gewässerschutzprobleme in ganz Deutschland dar.

Unser Ziel muss es sein, einen guten ökologischen Zustand der Gewässer zu erreichen. Die Besonderheit besteht darin, dass dieses Problem praktisch auf einen einzigen Verursacher zurückzuführen ist, die Kali+Salz AG. Die Situation ist ökonomisch schwierig, weil K+S in der Region der einzige größere Arbeitgeber ist. Ca. 5.500 Arbeitsplätze hängen direkt von der Kaliproduktion ab. Seit mehr als 100 Jahren wird im Weser- und Werra-einzugsgebiet industriell Salz abgebaut. Dabei fallen große Mengen von Salzabwässern an, vorrangig aus der Produktion, in den letzten Jahren aber auch zunehmend von den erweiterten Salzhalden. Die Kaliproduktion war wegen der Salzbelastung von Werra und Weser schon in Zeiten der deutschen Teilung eines der zentralen Umweltprobleme.

## Nachtflugverbot Köln/Bonn: NRW handelt halbherzig

Die Landesregierung hat nach Ansicht meiner der CDU-Kollegin Elisabeth Winkelmeier-Becker (Rhein-Sieg-Kreis) und mir nur halbherzig versucht, in Berlin ein Nachtflugverbot für Passagiermaschinen am Flughafen Köln/Bonn zu erreichen. Die Landesregierung muss gerichtlich prüfen lassen, ob die alte unbeschränkte 24-stündige Betriebsgenehmigung mit einem Nachtflugverbot für Passagiermaschinen tatsächlich unvereinbar ist. Auch muss Düsseldorf endlich klären, wie die Rechtsgrundlage für eine Einschränkung des Betriebs geschaffen werden kann. Bisher gibt es mehr Lippenbekenntnisse und Versteckspielen als ernsthaftes Wollen.

Auch wir wollen Wirtschaftswachstum und die Schaffung weiterer Arbeitsplätze in der Region, aber um gesundheitliche Belastungen durch Lärm zu vermeiden, muss wenigstens für Passagierflüge eine Kernruhezeit von Mitternacht bis 5 Uhr morgens eingehalten werden. Zu bedauern ist allerdings auch die bisher ablehnende Haltung von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU). Auch Berlin muss im Interesse der Betroffenen lärmsensibler werden.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 04/2015  
27. Februar 2015

Herausgeber:  
Bundestagsbüro Karsten Möring  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-77611  
Email:  
karsten.moering@bundestag.de  
Redaktion/ V.i.S.d.P.:  
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/Dr.  
Jürgen Reuter